

Antrag

SPD-Gemeinderatsfraktion

vom 25.08.2006
eingegangen 25.08.2006**27. Sitzung des Gemeinderates am 26.09.2006****TOP 21**

Vorlage Nr. 802

Öffentlich Nichtöffentlich

verantwortlich Dez. 3

Konzept "Proaktive Arbeitsplatzsuche"

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Die ARGE wird die „proaktive Arbeitsplatzsuche“ durch verschiedene Maßnahmen vorantreiben.

Dem Gemeinderat wird über die Ergebnisse zu gegebener Zeit berichtet.

Finanzielle Auswirkungen

nein ja

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeinsparungen)

Ergänzende Erläuterungen:

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)

nein ja durchgeführt am

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften

nein ja abgestimmt mit

Das Konzept „Proaktive Arbeitsplatzsuche“ kann die Bemühungen der ARGE, Hartz IV-Bezieher am 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln, deutlich unterstützen. Die Unterstützung kann erreicht werden durch:

- gezielte persönliche Ansprachen von potentiellen Arbeitgebern im beruflichen und persönlichen Umfeld von Entscheidungsträgern. Die Akquisebemühungen der Arbeitsvermittler der ARGE könnten hierdurch auf eine deutlich breitere Basis gestellt werden.
- Unterstützung der gezielten Pressearbeit der ARGE. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und ARGE sollte - wie dies in Einzelfällen bereits geschehen ist - offensiv dargestellt werden.
- geeignete Eingliederungsmaßnahmen zur Vorbereitung einer eventuellen Vermittlung. Zur intensiven Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben in diesem Bereich (Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder häusliche Pflege von Angehörigen, Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung, Suchtberatung) ist die Zusammenarbeit zwischen dem Sozialen Dienst der Stadt Karlsruhe, dem Jugendamt und der ARGE zu intensivieren. In den nächsten fünf Monaten ist ein Konzept zu erarbeiten, wie die Zusammenarbeit zwischen den genannten Stellen zukünftig aussehen soll, um die Vermittlungsbemühungen der ARGE zu unterstützen.

Für die genannten kommunalen Aufgaben sind für die Haushaltsjahre 2007 bzw. 2008 jeweils 1.220.000 € beantragt. Mit diesen Mitteln ist der von den Kommunen zu finanzierende Eingliederungsbereich abzudecken. Die sonstigen Eingliederungsmaßnahmen werden aus Bundesmitteln finanziert.

Dem Gemeinderat wird zu gegebener Zeit Bericht erstattet.